Zeitschrift: Schweizer Schule
Herausgeber: Christlicher Lehrer- und Erzieherverein der Schweiz
Band: 78 (1991)
Heft: 2: Klassenlehrer : eine schwierige Aufgabe

Rubrik: Blickpunkt Kantone

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Uri

Fortbildungskonzept liegt auf der langen Bank

Im nächsten Schuljahr wird noch nichts aus der berufsbegleitenden Jahresfortbildung für Urner Lehrerinnen und Lehrer. Dem von einer Lehrergruppe erarbeiteten Konzept hat der Urner Erziehungsrat – vor allem aus administrativen und terminlichen Gründen – zum jetzigen Zeitpunkt nicht entsprochen.

Im Kanton Uri findet die Lehrerfortbildung vorläufig noch nur während einer Kurswoche im Jahr statt. Besonders Lehrer, die schon lange im Schuldienst stehen, wünschen sich aber die Möglichkeit einer intensiveren Fortbildung. Eine Gruppe von erfahrenen Urner Lehrern und Lehrerinnen setzte sich deshalb zusammen und erarbeitete ein neuartiges Fortbildungskonzept: Danach soll während eines Jahres jeden Montag ein berufsbegleitender intensiver Fortbildungskurs stattfinden. Die Teilnehmer an dieser Fortbildung sollten an diesem Tag von einer Aushilfe ersetzt werden, die zum Teil Kanton und Gemeinde bezahlen. Für die ehemalige Schulinspektorin Erna Danioth-Oberholzer wäre das eine gute Möglichkeit, um Wiedereinsteigerinnen den Schritt zurück in die Schule zu erleichtern. Die intensive Fortbildung soll aber vor allem verhindern, dass altgediente «Schulmeister» den Verleider bekommen und in andere Berufe abwandern. Beim jetzigen Lehrermangel ein sehr wichtiges Anliegen.

Bei Eigenfinanzierung zu teuer

Aus einer Pressemitteilung der erwähnten Lehrergruppe geht hervor, dass der Kurs nicht wie geplant im nächsten Schuljahr beginnen kann. Der Grund liege aber nicht an einer allgemeinen Ablehnung des Konzeptes durch den Erziehungsrat, sondern vor allem in administrativen und terminlichen Problemen. Da das Budget 1991 schon verabschiedet sei, könne dem Lehreranliegen im kommenden Schuljahr noch nicht entsprochen werden. Ohne Beteiligung des Kantons am Kursgeld und der Finanzierung der Aushilfe ist der Beginn der berufsbegleitenden Fortbildung aber nicht realistisch. Die Kosten für jeden Kursteilnehmer würden sich auf über 15 000 Franken belaufen.

Die Kursgruppe schreibt, sie habe Verständnis für den Entscheid des Erziehungsrates. Sie versucht nun für das Schuljahr 1992/93 einen gangbaren Weg zu finden. «Hoffnungen dafür entnehmen wir dem Versprechen des Erziehungsrates, unser Anliegen zu einem späteren Zeitpunkt nochmals zu prüfen», schreiben die Lehrer. Fast mehr Interesse wird dem Urner Fortbildungskonzept ausserhalb der Kantonsgrenze entgegengebracht. Wie Vic Nager von der Projektgruppe erklärt, haben sich schon verschiedene Lehrervertreter und Bildungsinstitutionen aus anderen Kantonen mit ihnen in Verbindung gesetzt.

Lisa Inglin in LNN vom 17.1.1991

(Über das hier in Diskussion stehende Fortbildungskonzept hat die «schweizer schule» im Heft 10/90 S. 17–23 ausführlich berichtet.)

Schwyz

Weniger Schullektionen für Kinder?

Die Schwyzer Elternvereine tun sich schwer mit dem Schulprogramm ihrer Töchter und Söhne. Der Lebensrhythmus der Kinder werde dem der Erwachsenen immer stärker angepasst, für die persönliche Entwicklung und ausserschulischen Belange fehle deshalb gerade bei schwächeren Schülern die nötige Zeit.

Jetzt hat der Verband Schule und Elternhaus beim Erziehungsdepartement einen Stunden- und Stoffabbau beantragt.

Die Eltern sehen jetzt eine gute Möglichkeit zu einem Stoffabbau, denn momentan wird ohnehin diskutiert, welche Fächer zugunsten des Frühfranzösisch, das 1993 in den Schulstuben einziehen soll, reduziert werden sollen. Mit den hohen Stundenzahlen, fürchten die Elternvereine, würde der Druck auf die schwächeren Schüler nach Einführung der Fünftagewoche noch stärker zunehmen. Und diese steht vor der Tür.

Bereits bleiben an 15 Schwyzer Orten die Schulstuben am Samstag leer, und bald dürfte man sich auch in weitern Bezirken dazu durchringen.

Der Stundenabbau um zwei Lektionen, so möchten es die Elternvereine, soll bis zum Schuljahr 1992/93 eingeführt werden.

Vaterland, 15.1.1991

Nidwalden

Einstweilen Samstag in Nidwalden nicht schulfrei

Der Nidwaldner Landrat hat den schulfreien Samstag einstweilen abgelehnt und eine entsprechende Forderung bloss als Postulat erheblich erklärt. Überwiesen wurde hingegen eine Motion zur Abklärung von Blockzeiten an Primarschulen. Die Regierung hatte sich gegen den schulfreien Samstag ohne gleichzeitigen Abbau von Schulstoff und Schulstunden gewehrt, weil das schulische Interesse dagegenspreche. Eine Schulreform mit dem Ziel, die Lehrpläne zu straffen sowie fächerübergreifenden Unterricht und praxisorientiertes Lernen zu fördern, sei auf zentralschweizerischer Ebene eingeleitet worden. Nidwalden sollte deshalb nicht im Alleingang einen Stoff- und Lektionsabbau vornehmen.

Schaffhausen

Schaffhausen sagt ja zu Sonderschulkonzept

Die Schaffhauser haben der Änderung des Schulgesetzes im Bereich der Sonderschulung und deren Finanzierung zugestimmt. Sie sprachen sich in einer Volksabstimmung mit 16 835 zu 2710 Stimmen für die Verwirklichung des neuen Sonderschulkonzeptes aus. Mit der Annahme der Schulgesetzänderung trägt die Mehrkosten für die Sonderschulung nun künftig der Kanton statt die Gemeinden.

Kein Streit der Schaffhauser Lehrer

Die Schaffhauser Primarlehrer werden nicht mehr für ihre Forderungen auf die Strasse gehen. Bereits am 16. Januar hatten sie beschlossen, ihren ursprünglich für den 19. Januar geplanten Streik abzusagen. Nach dem Kriegsausbruch in der Golfregion ist auch die als Streikersatz vorgesehene Demonstration abgesagt worden.

Gut 200 Lehrerinnen und Lehrer hatten am 16. Januar entschieden, nach den an den Vortagen präsentierten Kompromissvorschlägen des Erziehungsdepartements ihren auf den 19. Januar geplanten Schulstreik abzusagen. Erziehungsdirektor Ernst Leu hatte mehrfach zugesagt, den Einbezug der Gemeindezulagen in die Lehrergehälter früher als geplant zu behandeln. Eine entsprechende Vorlage solle so schnell präsentiert werden, dass die Änderung zu Beginn des nächsten Jahres in Kraft treten könnte.

Da die Primarlehrer vor allem die Lohnunterschiede zwischen den einzelnen Schaffhauser Gemeinden kritisiert hatten, die durch die Zahlung von Gemeindezulagen unterschiedlicher Höhe entstehen, wäre mit der Vorlage ein wichtiger Streitpunkt beseitigt. Die Lehrer beschlossen denn auch, mit dem Erziehungsdepartement zu verhandeln.

Aargau

Unzufriedene Lehrer suchen neue Herausforderungen

Weil das schulische Umfeld in den letzten Jahren «mehr und mehr lehrer- und lehrerinnen-, wenn nicht gar schulfeindlich geworden» sei, hat unter einem Teil der Lehrkräfte im Kanton Aargau eine Absetzbewegung eingesetzt. Sie hat ihre Ursache in nur teilweise erfüllten Lohnbegehren und in der Unzufriedenheit mit dem Erziehungsdepartement. Die Aktion wird kontrovers beurteilt, vor allem, weil sie dem Ansehen des Lehrerstandes nicht förderlich ist.

Mit einem Stelleninserat suchten «einige hundert patentierte, diplomierte Aargauer Klassen- und Fachlehrkräfte aller Stufen der Volksschule» auf August 1991 ein neues Tätigkeitsfeld. Dahinter steht der «Verein stellensuchender Lehrkräfte» (VSL), der unter einer Postfachadresse in Baden erreichbar ist. Er vereinigt nach eigenen Angaben rund 300 Personen aus 24 Schulen vor allem im östlichen Teil des Kantons, und er hat bisher etwa 30 Angebote sowohl von Schulpflegen (namentlich im Kanton Zürich) als auch aus der Privatwirtschaft erhalten.

Gründe für einen ungewöhnlichen Weg

Der VSL setzt bei der Rechtfertigung seines Vorgehens bei der Reorganisation des Erziehungsdepartements und einigen ihm schwer verständlichen personalpolitischen Entscheiden auf der höheren Beamtenebene an. *Rigorose Sparübungen* bereiten vielen Schulen erhebliche Schwierigkeiten, die Produktion kantonaler Lehrmittel habe mit unverständlichen Ergebnissen geendet, und ähnlich sei es den Vorarbeiten zu neuen Lehrplänen ergangen. Auch in anderen Bereichen litten die Lehrkräfte unter dem Führungsstil der Regierung, die Fortbildung liege im argen, und es sei mit dem neuen Schulgesetz nahezu unmöglich geworden, Schulversuche durchzuführen.

Die Besoldungsfrage ist ein zweiter, gleichgewichtiger Teil der Argumente der stellensuchenden Lehrkräfte. Für die gleiche Arbeit werde in nur 10 oder 20 Kilometern Entfernung (nämlich im Kanton Zürich) *bis zu 15 000 Franken jährlich mehr* bezahlt. Besonders beklagt wird, dass der Grosse Rat den Bezirkslehrern die Einführung eines vierten Maximums verweigert hatte. Auch werde die Ortszulage als Lohnbestandteil bezeichnet, obwohl sie von einigen Gemeinden abgeschafft und seit 15 Jahren real nicht erhöht worden sei. Nicht zur Kenntnis genommen werde von den Politikern (und den gleichzeitig ins Visier genommenen aargauischen Medien), dass der Umgang mit Kindern *aus gesellschaftlichen Gründen schwieriger,* der Lehrerberuf dadurch anspruchsvoller geworden sei.

Schliesslich versteht der VSL sein als «Notschrei» oder «Verzweiflungsschritt» bezeichnetes Vorgehen auch als Kritik an den Lehrerorganisationen, denen es nur ansatzweise gelungen sei, ein Standesbewusstsein zu entwickeln, und die im Umgang mit den Behörden *einen zu moderaten Ton* anschlügen.

NZZ vom 24.12.90